

Nach dem Ausscheiden der Uni-Leitung:

## „Beauftragter“ muß sich auf lange Dienstzeit einrichten

Erfolg Weißbachs vor Verwaltungsgericht kann Präsidentenwahl erheblich verzögern

### Stellungnahme des Beauftragten Prof. Dr. Raapke



Als sich am Ende des Sommersemesters abzeichnete, daß die Einsetzung eines Beauftragten für die Wahrnehmung der Aufgaben des Präsidenten unvermeidlich werden würde, haben Senat und Konzil beschlossen, den Minister zu bitten, als Beauftragten ein Mitglied der Universität einzusetzen. Für die Auswahl sollten formale Kriterien gelten, zum Beispiel früher schon in ein Leitungsamt der Hochschule gewählt worden zu sein. Als der Minister mich unter diesem Aspekt gefragt hat, ob ich bereit wäre, den Auftrag zu übernehmen, sah ich keinen vertretbaren Grund, abzusagen. Ich hoffe, daß ich dieses Amt nur kurze Zeit ausüben muß. Ich bitte alle Mitglieder und Angehörigen der Universität um Unterstützung und Mitarbeit.

Hans-Dietrich Raapke

„Ich hoffe, daß ich dieses Amt nur für kurze Zeit wahrnehmen muß“. Damit reagierte Professor Dr. Hans-Dietrich Raapke auf seine Bestellung zum „Beauftragten für die Wahrnehmung der Aufgaben des Präsidenten der Universität Oldenburg“ durch den Niedersächsischen Wissenschaftsminister. Raapke löste die seit einem Jahr nur noch kommissarisch amtierende Universitätsleitung ab. Professor Dr. Rainer Krüger und Professor Dr. Friedrich W. Busch wurden auf eigenen Wunsch erwartungsgemäß zum 30. September von ihren Funktionen entbunden.

Krüger stand insgesamt fünfeinhalb Jahre an der Spitze der Universität. Nach dreijähriger Tätigkeit im Gründungsausschuß, dessen Vorsitzender er auch zeitweise war, wählte ihn das Konzil 1974 mit knapper Mehrheit zum ersten Rektor der Hochschule. Zwei Jahre später konnte sich der Geograph bei seiner Wiederwahl auf eine breite Basis stützen. 65 von 78 Stimmen entfielen auf ihn. Im selben Jahr wurde der Pädagoge Professor Dr. Friedrich W. Busch zu seinem Stellvertreter gewählt. (Siehe auch nebenstehenden Beitrag zum Ausscheiden von Krüger und Busch). Beide Amtsträger hatten im August entsprechend einer Ankündigung um ihre Entbindung von ihren Funktionen gebeten, nachdem klar geworden war, daß der Minister Dr. Jürgen Weißbach nicht als Präsidentschaftskandidat von sich aus zulassen würde und damit eine Wahl in absehbarer Zeit nicht im Bereich des möglichen lag und heute auch noch nicht liegt. So wurde die Einsetzung eines Beauftragten durch den Minister notwendig.

Der Minister entschied dabei entsprechend einem Wunsch des Senats und des Konzils. Beide Gremien hatten ihn gebeten, ein Mitglied der Hochschule mit diesem Amt zu betrauen, und zwar nach formalen Kriterien, worunter verstanden wurde, daß jemand beauftragt werden sollte, der bereits Leitungsfunktionen in der Universität oder der ehemaligen PH ausgeübt hat.

Hans-Dietrich Raapke war 1970 bis 1972 Dekan der ehemaligen Abteilung Oldenburg der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen. In der Universität war er Mitglied zahlreicher Gremien; u.a. führt er den Vorsitz der Senatskommission für wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudien. Als GEW-Mitglied war er von 1967 bis 1970 Vorsitzender der Fachgruppe „Hochschule“ des Landesverbandes Niedersachsen. Der Pädagogikprofessor, der 1965 nach Oldenburg berufen wurde, gehört der Hochschullehrergruppe „Demokratische Hochschule“ an.

Für den Beauftragten ist das Ende seiner Dienstzeit als nichtgewählter Interimpräsident nicht abzusehen, nachdem die III. Kammer des Verwaltungsgerichts Oldenburg dem Wissenschaftsminister untersagt hat, einen gewählten Präsidenten zu ernennen, bevor im Hauptverfahren ein Urteil über die Eignung Weißbachs als Präsidentschaftskandidat entschieden ist. Nach Ansicht des Gerichts sprechen viele Gründe für die Eignung des jetzigen Leiters der Kontaktstelle für Wissenschaftsweiterbildung. Dies wurde offensichtlich auch zunächst vom Wissenschaftsminister so gesehen, der der Kandidatur Weißbachs im April zugestimmt hatte und erst auf Intervention des Innenministers zu seinem ablehnenden Bescheid gekommen war.

Für die Hochschule bleibt der Beschluß des Verwaltungsgerichts trotz der Tatsache, daß er ihre Position über die Eignung Weißbachs bestätigt, problematisch, weil sich die Wahl des Präsidenten erheblich verzögern kann. Sie hofft deshalb auf Einlenken des Ministers, der kaum ein für ihn positives Urteil im Hauptverfahren erwarten kann. (Auszüge aus der Begründung des Verwaltungsgerichtsbeschlusses auf Seite 2).

### Hochschulpräsidenten vom Minister ernannt

Der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst, Professor Eduard Pestel, überreichte am Freitag den ersten vier Präsidenten niedersächsischer Hochschulen ihre Ernennungskurkunden. Professor Manfred Horstmann (Universität Osnabrück), Professor Norbert Kamp (Universität Göttingen), Professor Hinrich Seidel (Universität Hannover) und Professor Gerhard Schaffner (Technische Universität Braunschweig) ernannt.



Mit ihren Namen ist die Gründungsgeschichte und der Start der Universität Oldenburg eng verbunden. Professor Dr. Rainer Krüger arbeitete drei Jahre im Gründungsausschuß mit, fünfeinhalb Jahre bekleidete er das höchste Amt der Hochschule; sein Stellvertreter Professor Dr. Friedrich W. Busch (rechts) amtierte drei Jahre. Foto: Zahn

## Ein Einschnitt

von Wolfgang Schulenberg

Prof. Dr. Rainer Krüger und Prof. Dr. Friedrich W. Busch wurden auf eigenen Wunsch zum 1. Oktober 1979 von den Aufgaben der Universitätsleitung entbunden. Über alle Meinungsunterschiede hinweg wird man festhalten müssen, daß ihr Ausscheiden ein bedeutsamer Einschnitt für die Universität ist.

Beide haben ihr Amt bei allen persönlichen Unterschieden übereinstimmend betont politisch verstanden. Beide haben sich den Reformvorstellungen verpflichtet gefühlt, wie sie noch vom Gründungsausschuß der Universität formuliert worden sind. Dabei wurde bald klar, daß die Bedingungen zur Realisierung dieser Vorstellungen nicht mehr gegeben waren (wenn sie überhaupt bestanden haben). Hinzu kam, daß allgemein das öffentliche Interesse an einem zügigen Ausbau der Hochschulen schwand. In dieser Situation entstanden in der um ihre Anfänge kämpfenden Oldenburger Universität Impulse der Selbstbehauptung, die umso mehr auch symbolische Züge annahm, je schärfer die realen Gestaltungsmöglichkeiten eingeengt erschienen. Prof. Krüger und Prof. Busch haben sich mit diesen Impulsen stark identifiziert und mit ihnen Höhepunkte in der demonstrativen Vertretung der Universität erlebt, die einer konventionellen Hochschulleitung immer fremd bleiben werden. Natürlich haben beide gewußt, daß man den Schwerpunkt in der Leitung einer Universität wie Oldenburg auch anders sehen kann:

Etwa in der Vermittlung zu einer Umwelt, die die Universität mehr denn je beobachtet und weniger denn je versteht, oder in der nächsten Mehrung der materiellen und institutionellen Voraussetzungen wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit. Mit großer Anspannung haben sie sich auch diesen Aufgaben gestellt und sie mit ihrem politischen Anspruch zu vereinen versucht. Zudem forderte der Alltag in der Entwicklung der Universität sein Recht. Die Studentenzahlen stiegen. Die Zahl der Personalstellen wuchs. Weitere Studiengänge wurden eingerichtet. Inzwischen sind alle anstehenden Studien- und Prüfungsordnungen erarbeitet und beschlossen, und für die Bauplanung zeichnet sich nach der schmerzhaften Reduktion der Zieldaten eine Konsolidierung ab. Das kostet Tag für Tag beharrliche Kleinarbeit und immer wieder Umstellung auf neue Fragen und Situationen. Rektor und Stellvertreter haben hier - jeder auch in seinem besonderen Aufgabenbereich - mit engagierter Sachkompetenz ein gehöriges Stück Arbeit geleistet, das nicht vergessen werden soll. Rainer Krüger und Friedrich W. Busch haben über Jahre hinweg ihre Kraft der Selbstverwaltung unserer Universität gewidmet. Für Rainer Krüger sind es zusammen mit der Tätigkeit im Gründungsausschuß mehr als acht Jahre; eine ganze Lebensphase, die zugleich die erste Aufbauphase der Universität ist. Wir alle schulden ihnen dafür Dank.

## ELAB-Abbruch 1980 im Sekundarbereich II

Mit einer Gesetzesnovelle, die in der vergangenen Woche in erster Lesung im Parlament verhandelt wurde, will die CDU den Modellversuch einphasige Lehrerausbildung (ELAB) im Sekundarbereich II vorzeitig beenden. D.h.: Ab nächstem Jahr können sich Studenten, die das höhere Lehramt anstreben, nur noch für die zweiphasige Ausbildung in Oldenburg immatrikulieren.

Vor dem Parlament erklärte dazu der schulpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Rolf Wernstedt, mit dieser „Nacht- und Nebelaktion“ solle die ELAB insgesamt getroffen werden. Der Oldenburger CDU-Abgeordnete Heinrich Niewerth begründete den Gesetzentwurf mit dem Hinweis auf mangelnde Zahl an Plätzen für das Praktikum und kritisierte laut dpa „eine linksideologische Betrachtung“ des Modellversuchs.

Die CDU kam mit ihrem Gesetzentwurf dem Philologenverband entgegen, der seit Jahren mit allen Mitteln gegen die ELAB kämpft und ihren Abbruch fordert. Sachlich läßt sich nämlich die vorzeitige Beendigung nicht begründen, weil sich angesichts

geringerer Zahlen bei jenen Studenten, die sich 1980 und später für die ELAB immatrikulierten, keine Schwierigkeiten bei der Sicherung ihrer berufspraktischen Ausbildung einstellen würden. Probleme gibt es dagegen mit den derzeit immatrikulierten Studenten aufgrund des Kontaktlehrermangels besonders im Gymnasialbereich. Doch zeichnet sich eine Beseitigung dieser Engpässe ab. Gegenüber der Presse erklärte dazu der inzwischen ausgeschiedene Stellvertretende Rektor der Universität, Professor Dr. Friedrich W. Busch, er sei optimistisch, daß auch für den größten Betreuungsjahrgang mit ca. 170 Studenten genügend Plätze im 3. Studienabschnitt geschaffen werden könnten, weil eine zunehmende Bereitschaft in der Gymnasiallehrechaft zu verzeichnen sei, sich an der ELAB zu beteiligen. Wörtlich sagte Busch: „Wenn die CDU den Modellversuch nun, da sich die Lösung der Probleme abzeichnet, vorzeitig beenden will, betreibt sie eine unehrliche Politik. Sie zeigt damit, daß es ihr nicht um die Lösung vorhandener Schwierigkeiten geht.“

# Uni beantwortet Fragen des Wissenschaftsrats

Nachweis für Bedarf naturwissenschaftlicher Studienplätze erbracht - Am 25. Oktober fällt die Entscheidung

Die Ungewißheit über den Ausbau der Naturwissenschaften hält weiter an. Nachdem die Universität mit Mühe den Kürzungsplänen des Landes die Spitze brechen und sich mit dem Ministerium in Hannover auf ein zwar reduziertes, jedoch noch tragfähiges Ausbauprogramm verständigen konnte, meldet nun der Wissenschaftsrat seine Zweifel an. Er hat eine endgültige Stellungnahme zu den Vorhaben an den niedersächsischen Hochschulen zurückgestellt und das Land um weitere Informationen gebeten. Die Universität hat dem MWK umfangreiche Materialien geliefert, die die bekanntgewordenen Bedenken des Wissenschaftsrates bezüglich der Universität Oldenburg ausräumen dürften. Der Wissenschaftsrat berät im November abschließend den Ausbau in Oldenburg und Osnabrück.

Der Wissenschaftsrat spielt in der Hochschulausbaupolitik eine entscheidende Rolle. Er hat die Anmeldungen der Länder zu den jährlich fortzuschreibenden Rahmenplänen für den Hochschulausbau zu befürworten; andererseits geht den Ländern der 50%ige Zuschuß des Bundes verloren.

Die Vorbehalte des Wissenschaftsrates bedrohen die Universität existenziell; sie treffen die Universität in einer Entwicklungs- und Ausbaupolitik, in der es primär darauf ankommt, die vorhandenen Studiengänge materiell abzusichern; die Qualifikationsansprüche der Studierenden und des wissenschaftlichen Nachwuchses wie auch die Pflicht zur Einlösung von Berufungszusagen an die Hochschullehrer lassen keine andere Wahl.

Der Wissenschaftsrat will vor einer endgültigen Wertung der naturwissenschaftlichen Vorhaben vor allem wissen, ob die naturwissenschaftlichen Studienplätze auch in Zukunft nachgefragt werden. Der Wissenschaftsrat hat außerdem das Land um die Darlegung der Studiengangskonzepte an den Neugründungen Oldenburg und Osnabrück gebeten. Möglicherweise geht er irrtümlich davon aus, daß die inhaltliche Ausgestaltung der Studiengänge noch zur Disposition steht.

Vermutlich für den Fall, daß die Fragen nicht überzeugend beantwortet werden, hat der Wissenschaftsrat Ersatzlösungen zur Diskussion gestellt: Er will erstens wissen, ob das Bauvorhaben in Teilabschnitten, die in sich funktionsfähig sind, zerlegbar ist, und ob zweitens eine Arbeitsteilung im Lehr- und Forschungsbe-

reich zwischen Oldenburg und Osnabrück möglich ist. Er will drittens Auskunft darüber, ob eine Kompensation der Naturwissenschaften durch andere Fächer und Studiengänge möglich ist und fragt deshalb nach der beabsichtigten Erweiterung des Fächerangebots der Universität. Die Universität hat zu den Fragen des Wissenschaftsrats in sechs Einzelberichten Stellung genommen.

In einer Studie über „Die notwendige Betriebsgröße für das Bauvorhaben Naturwissenschaften an der Universität Oldenburg am Standort Wechloy“ wird der Nachweis erbracht, daß das Bauvolumen an der unteren Grenze für einen funktionsfähigen naturwissenschaftlichen Lehr- und Forschungsbereich liegt. Lediglich die Flächen für Lehrveranstaltungen sind in Abhängigkeit von der Zahl der Studienplätze dimensioniert; sie nehmen jedoch nur einen geringen Anteil an der Gesamtfläche in Anspruch.

Bedenken des Wissenschaftsrates, daß spätestens in den neunziger Jahren die Flächen mangels studentischer Nachfrage leer stehen, können durch die Analyse der „Entwicklung der regionalen Nachfrage nach Studienplätzen an der Universität Oldenburg, insbesondere in den Naturwissenschaften bis 1995“ zerstreut werden. Selbst bei pessimistischen Annahmen erscheint es danach durchaus als realistisch, von einer Nachfrage nach Studienplätzen auszugehen, die bis zum Jahre 2000 dem geplanten Angebot entsprechen wird. In den Jahren 1982-1991 wird die Nachfrage das Angebot zeitweilig sogar bis zu 54 % übersteigen. Um

keine Potemkinsche Dörfer zu bauen, ist bei der Untersuchung an der Welt unter dem Bundesdurchschnitt liegenden Übergangsquote zum Sekundarbereich II im Lande Niedersachsen festgehalten worden. Außerdem ist der sogenannte Bildungstätigkeitsfaktor, nach dem die Beteiligung mit der Verbesserung des Angebots an Bildungsmöglichkeiten wächst, unberücksichtigt geblieben.

Das Bedürfnis des Wissenschaftsrates an Informationen über den Forschungs- und Lehrbetrieb dürfte durch Berichte der Lehrenden des Fachbereichs IV über die Struktur und Entwicklung der Fächer im Bereich Naturwissenschaft/Mathematik gestellt worden sein. Durch die Berichte wird vor allem deutlich, daß die Ausbildung der Studenten nach einem durchdachten Studienkonzept erfolgt und daß die Lehrenden trotz schlechter materieller Bedingungen bereits beachtliche Forschungsergebnisse erzielen konnten. Die Berichte machen darüber hinaus auch Außenstehenden verständlich, nach welchen Kriterien die Schwerpunkte in Forschung und Lehre gesetzt worden sind.

Dem Ansinnen des Wissenschaftsrates, gegebenenfalls den Ausbau der Naturwissenschaften in Etappen zu vollziehen, hat die Universität widersprochen: das Vorhaben Naturwissenschaften stelle eine Einheit dar, die nur sinnvoll genutzt werden könne, wenn das Vorhaben vollständig realisiert wird. Eine Aufteilung in Abschnitte und eine mögliche Reduzierung des Bauvorhabens um einzelne Abschnitte würde den Wegfall von funktionalen Einheiten zur Folge haben, die jedoch allesamt für den Forschungs- und Lehrbetrieb als unverzichtbar gelten. In diesem Sinne hat sich auch der Lehrstuhl für Bauwirtschaft und Baubetrieb der technischen Universität Braunschweig in einer gutachterlichen Stellungnahme an den Wissenschaftsminister in Hannover geäußert.

Die Frage nach einer Arbeitsteilung in Forschungs- und Studienbetrieb

zwischen Oldenburg und Osnabrück haben der Dekan des Fachbereichs IV der Universität Oldenburg, Professor Dr. Köll, und der Präsident der Universität Osnabrück, Professor Dr. Horstmann, in einer gemeinsamen Erklärung negativ beantwortet. Sie lehnen eine Arbeitsteilung aus wissenschaftsimmanenten Gründen ab und halten eine Abstimmung im Einzelfall nur bei ähnlichen Forschungsinteressen bezüglich einer ökonomischen Verwendung der Mittel für möglich.

Überlegungen im Wissenschaftsrat, ob gegebenenfalls naturwissenschaftliche Studienplätze durch Ergänzungen in anderen Hauptstudienbereichen kompensiert werden können, dürften durch den Nachweis einer ausreichenden regionalen Nachfrage nach Studienplätzen in den Naturwissenschaften bis 1995 nicht mehr die entscheidende Rolle spielen. Dennoch konnte die Universität darlegen, daß sie nicht nur auf den Ausbau der Naturwissenschaften setzt, sondern auch in den übrigen Wissenschaftsbereichen neue oder reformierte Studiengänge plant, um Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, dem regionalen Bedarf an Akademikern bestimmter Fachrichtungen und dem Erfordernis einer ausreichenden fachlichen Breite in der Universität Rechnung trägt. Sie hat dem Wissenschaftsrat eine Übersicht über die Entwicklungsziele für den Bereich von Lehre und Studium

und den Stand der gegenwärtigen Beratungen geliefert.

Es ist nicht das erste Mal, daß die Entwicklungsziele der Universität von außen infrage gestellt werden; die Universität mußte in der Regel unter ungewissen Rahmenbedingungen arbeiten und hat trotzdem Entwicklungen der Studienanfängerzahlen zu verzeichnen, die nicht wesentlich vom Bundestrend abweichen. Solange das Ausbauziel noch in weiter Ferne lag, hatte eine Veränderung der Ziele oder eine Verzögerung in der Planung keine gravierenden Auswirkungen. Eine Revision der Pläne zum jetzigen Zeitpunkt ist dagegen aus zwei Gründen nicht mehr verantwortbar: (1) den Studierenden und Lehrenden können unabdingbare Voraussetzungen für ihre Arbeit nicht länger verweigert werden, sie sind auf ausreichend installierte Flächen für die Diplom-, Promotions- oder sonstigen Forschungsarbeiten angewiesen und (2) die Universität gebraucht Anfang der 80iger Jahre ausreichend Flächen, damit sie sich ihren „Marktanteil“ an den Studenten sichern kann; sofern der Universität die Möglichkeit für ein anspruchsvolles Lehr- und Forschungskonzept bis Ende der 80iger Jahre vorenthalten wird, hat sie wegen der dann zurückgehenden Studentenzahlen und der Präferenz der Studienbewerber für die alten Universitäten keine Chance, sich als gute Ausbildungsstätte zu etablieren. gk

## Paläontologen tagen in der Universität

Vom 30. September bis 3. Oktober 1979 hielt die Paläontologische Gesellschaft ihre 49. Jahrestagung in der Universität Oldenburg ab. Die Tagung wurde gemeinschaftlich von Professor Dr. Krumbein (Universität Oldenburg) und Professor Dr. Reineck (Institut Senckenberg am Meer) vorbereitet. Fossilforscher und Amateursammler aus allen deutschsprachigen Ländern nahmen an dieser Tagung teil.

Die Paläontologie nimmt eine Zwischenstellung zwischen Biologie, Geologie und Geochemie ein. Hauptthemen der Forschung sind heute: die Evolution des Planeten und seiner Organismen - besonders in bezug auf Atmosphäre und Lagerstättenbildung, da die Biosphäre einen entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung von Erdoberfläche und Erdatmosphäre und damit auch auf die Anreicherung aller vom Menschen genutzten Rohstoffe genommen hat.

Die Frage nach der Entstehung des Lebens auf der Erde und seiner allmählichen Evolution ist ein Zentralthema paläontologischer Forschung, das im Forschungsschwerpunkt Geomikrobiologie an der Universität Oldenburg durch Forschungen an sogenannten „Stromatolithen“ stark vertreten ist. Die Mikrobiologen erforschen hier die Entwicklung der Photosynthese als zentrale „Erfindung“ während der Entwicklung des Lebens. Sie fand zunächst unter anoxischen (d.h. ohne Sauerstoffatmosphäre) Bedingungen statt. Erst die Cyanobakterien (früher: Blaualgen), die die ersten deutschen nachgewiesenen grünen „Pflanzen“ auf der Erde waren, haben die oxygene (d.h. lebensbringende Sauerstoff erzeugende) Photosynthese erfunden. Damit konnte die Atmosphäre vor Billionen von Jahren allmählich mit dem lebenswichtigen Sauerstoff angereichert werden. Dieser war zunächst in der Erdkruste und im Wasser gebunden. Neben der Evolution der Mikroorganismen und der Atmosphäre arbeitet die paläontologische Forschung aber auch an der Entwicklung von Organen und Bewegungsorganen, an Fragen der Aktupaläontologie (d.h. Zeugnisse für frühere Entwicklungsstadien in heutigen Meeressedimenten zu suchen) sowie an Fragen der Auffindung von Lagerstätten mit Hilfe von „Leitfossilien“.

Die paläontologische Forschung auf biologischer und chemischer Basis hat in den jüngsten Jahren herausgefunden, daß die Erde vor etwa 4,5 Milliarden Jahren erstarrte und vom glühflüssigen in den festen Zustand überging.

## Auszüge aus dem Urteil des Verwaltungsgerrichts

Auszüge aus dem Beschluß der 3. Kammer des Verwaltungsgerichts Oldenburg, der dem Minister untersagt, einen Präsidenten zu ernennen, bevor das Verfahren Dr. Jürgen Weißbach gegen den Minister in der Hauptsache entschieden ist. (Az.: III D 108/79)

Der Kläger bewarb sich im Januar 1979 um die ausgeschriebene Stelle des Präsidenten der Beigeladenen (BesGr. B 4 LBesG). Der Beklagte (Wissenschaftsminister, d.R.) prüfte die vorgelegten Bewerbungen gemäß § 83 Abs. 3 Satz 2 NHG. Unter dem 24. April 1979 zeichnete der Beklagte persönlich einen Erlaßentwurf, nach dem auch die Eignung des Klägers bejaht wurde, und ein Schreiben an den Nds. Minister des Innern mit der Bitte um Mitzeichnung vor Abgang ab. Bei den Erörterungen zwischen den beiden Ministerien ergaben sich Zweifel an der Qualifikation...

Zwar kann die vom Kläger gerügte Mitwirkung des Innenministers bei der Entscheidung über die Qualifikation des Klägers nicht zum Erfolg des Antrages führen. Grundsätzlich bleibt es einem Landesminister unbenommen, seine endgültige Entscheidung zurückzustellen, bis er die Auffassung eines anderen Ministers, der Mitglied desselben Kabinetts ist, gehört hat. Selbst wenn der Beklagte gemeint hat, er könne nicht ohne das Einverständnis des Nds. Ministers des Innern entscheiden die Verwendung des Begriffs

„Mitzeichnung“ spricht dafür - ist ein Verfahrensfehler nicht erkennbar. Es kann sich bei näherer Prüfung durchaus ergeben, daß die Frage, welche Anforderungen hinsichtlich der bisherigen beruflichen Tätigkeit an den vom Staat bestellten Universitätspräsidenten zu stellen sind, den Geschäftsbereich des Nds. Ministers des Innern berührt, da das Recht der öffentlichen Bediensteten sonst in das Ressort des Nds. Ministers des Innern fällt. Bedenken gegenüber einer internen Mitzeichnung würden dann entfallen...

Im Entwurf für ein Hochschulgesetz des Landes Niedersachsen (Nds. Landtag Drucksache 8/2151) war in § 63 Abs. 3 Satz 3 bestimmt, daß zum Präsidenten gewählt werden könne, wer „eine fünfjährige berufliche Tätigkeit nach Abschluß der Hochschulbildung nachweisen kann und aufgrund verantwortlicher Tätigkeit innerhalb dieser fünf Jahre ... erwarten läßt, daß er den Aufgaben des Amtes gewachsen ist...“. In den Beratungen des Kultusausschusses erhielt die Regelung über Wahl und Qualifikation des Hochschulpräsidenten die jetzt geltende Fassung. Im Bericht des Ausschußvorsitzenden - (Nds. Landtag zu Drucksache 8/3660 S. 21) ist zwar die Rede davon, daß im Kultusausschuß lebhaft über die Regelungen für Wahl und Qualifikation des Präsidenten debattiert worden sei. Es ist aber nicht erwähnt, daß man bezüglich

der verantwortlichen Berufstätigkeit höhere Anforderungen als das HRG an Bewerber für das Präsidentenamt stellen wolle. Es bestehen auch erhebliche Zweifel, ob der Landesgesetzgeber insoweit weitergehende Anforderungen als das Bundesrahmenrecht stellen kann. Der Landesgesetzgeber kann und soll den durch Bundesrecht gesetzten Rahmen ausfüllen. Soweit jedoch im Bundesrecht abschließende Regelungen enthalten sind, ist der Landesgesetzgeber daran gebunden und kann, da Landesrecht nicht gegen Bundesrecht verstoßen darf, keine abweichende Regelung treffen... So kann zwar der Begriff „mehrfach“ in § 62 Abs. 4 HRG durch den Landesgesetzgeber näher konkretisiert werden. Soweit jedoch eine „verantwortliche“ Berufstätigkeit gefordert wird, liegt nach summarischer Prüfung die Auslegung nahe, daß der Bundesgesetzgeber insoweit eine abschließende Regelung getroffen hat, die vom Landesgesetzgeber nicht mehr zu Lasten eines Bewerbers um das Präsidentenamt verschärft werden darf...

Die Tätigkeit des Antragstellers setzt nicht nur wissenschaftliche Befähigung, sondern auch Organisationstalent und Verhandlungsgeschick voraus. Die Arbeit der Kontaktstelle für wissenschaftliche Weiterbildung ist für die Beigeladenen von nicht geringer Bedeutung. Es ist Aufgabe der Kontaktstelle, die Beteiligung der

Universität und der Fachhochschulen im nordwestdeutschen Gebiet an der allgemeinen Erwachsenenbildung zu entwickeln und zu organisieren. Dahin steht das Konzept einer „Öffnung der Universität“. Die Kontaktstelle nimmt ihre Aufgabe und die Durchführung der Kurse in Zusammenarbeit mit allen Institutionen der Erwachsenenbildung der Region wahr, soweit Interesse besteht... Wie Prof. Dr. Graf von Krockow in der vom Kläger mit den Bewerbungsunterlagen vorgelegten Stellungnahme vom 19. Januar 1979 ausführt, kann die wissenschaftliche Weiterbildung in nächster Zeit zu einer der zentralen Aufgaben der Universitäten werden. Die Leitung einer solchen Institution, für die es keine bewährten Vorbilder gibt, bringt eine gesteigerte Verantwortung mit sich. Denn der Erfolg oder Mißerfolg dieser Institution hängt nach dem bisherigen Vorbringen wesentlich von der Tätigkeit und dem Geschick des Klägers ab. Das Verhalten des Klägers wird der Universität unmittelbar zugerechnet...

Aus alledem ergibt sich, daß der Kläger mit der Rechtsverfolgung in der Hauptsache Erfolg haben kann und der Erlaß einer einstweiligen Anordnung geboten ist, um den Kläger vor drohenden Nachteilen zu bewahren.

# Kooperationsveranstaltung über Berufsgrundbildungsjahr

Auf Grundlage der Kooperationsvereinbarung zwischen der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben e.V., dem DGB-Landesbezirk Niedersachsen und der Universität Oldenburg wird im Wintersemester 1979/80 eine Veranstaltungsreihe zu aktuellen Problemen und Fragestellungen des Berufsgrundbildungsjahres durchgeführt. Insgesamt sind sechs Veranstaltungen geplant, auf denen Wissenschaftler, Vertreter der Gewerkschaften, der Schulen und der Arbeitgeber zu Worte kommen werden.

Mit diesem Vorhaben wollen die Veranstalter die seit Bestehen der Kooperationsvereinbarung unternommen Bemühungen um die Herstellung wirksamer Kontakte zwischen Wissenschaft und Arbeitswelt in konstruktiver Absicht fortführen. Die Kooperationsveranstaltung zielt darauf ab, Informationen über den gegenwärtigen Verlaufs- und Diskussionsstand zum Berufsgrundbildungsjahr zu vermitteln und Anstöße zu Initiativen für eine fortschrittliche Ausgestaltung der bereits eingeleiteten Reformmaßnahmen zu

geben - so die Veranstalter wörtlich. Hierzu seien Perspektiven zu entwickeln, die die Qualifikationsinteressen der Auszubildenden ebenso ernst nähmen, wie das legitime Recht der betroffenen Lehrer und Ausbilder, an der Neugestaltung ihres pädagogischen Arbeitsbereichs in Schulen, Betrieben und überbetrieblichen Ausbildungsstätten aktiv mitzuwirken.

Eröffnet wird die Veranstaltungsreihe am 8. November um 18.30 Uhr mit einem Referat von Professor Dr. K. Stratmann (Ruhr-Universität Bochum), der über die Ziele, Entwicklungen und Probleme des Berufsgrundbildungsjahres sprechen wird. Am 14. Februar wird die Kooperationsveranstaltung mit einer Podiumsdiskussion abgeschlossen, auf der Experten der Gewerkschaften, der Wissenschaft und der Arbeitgeberverbände das Berufsgrundbildungsjahr kontrovers diskutieren werden. Alle Veranstaltungen finden in der Universität Oldenburg statt. Initiator auf Universitätsseite ist der Ökonom Professor Dr. Günter Kutsch.

## Die Veranstaltungen:

**8. Nov. 1979** - B.G.J.: Ziele, Entwicklungen, Probleme. Referent: Prof. Dr. K. Stratmann (Ruhr-Universität Bochum), 18.30 Uhr, VG 001.

**6. Dez. 1979** - B.G.J.: Anspruch und Realität der Berufsbildungsreform in Niedersachsen. Referenten: H. Apel (DGB-Landesbezirk Niedersachsen), Prof. G. Wiemann (Niedersächsisches Landesinstitut für Lehrerfort- und Weiterbildung und Unterrichtsforschung, Hannover), 18.30 Uhr, VG 001.

**10. Jan. 1980** - B.G.J.: Beschäftigungsentwicklung und Qualifikationsstrukturwandel als Bestimmungsgrößen der beruflichen Grundbildung. Referenten: Prof. Dr. M. Baethge (Soziologisches Forschungsinstitut, Göttingen), Dr. D. Gös (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des DGB, Düsseldorf), 18.30 Uhr, VG 001.

**31. Jan. 1980** - B.G.J.: Probleme der Lehrplanelwicklung und Schulorganisation. Referenten: K. Krüger (Berufsschule Salzgitter-Fredenberg), Prof. Dr. G. Kutsch (Universität Oldenburg), 18.30 Uhr, VG 001.

**14. Febr. 1980** - Podiumsdiskussion: B.G.J. Kontroversen. Diskussionssteilnehmer: M. Gommert (IG Bau-Steine-Erden), Prof. Dr. A. Kell (Gesamthochschule Siegen), E. Kuda (IG Metall), Prof. Dr. J. Münch (Universität Kaiserslautern), Dr. B. Schulte (Vereinigung der Arbeitgeberverbände im Lande Bremen), R. Zedler (Institut der deutschen Wirtschaft), 18.30 Uhr, Aula.

## Institut für Arbeiterbildung an der Ruhr-Universität

„Erfolgreiche Zusammenarbeit“ mit der IG Metall

Als erfolgreiche Fortentwicklung und wichtige Konkretisierung der Zusammenarbeit zwischen der Ruhr-Universität Bochum und der IG Metall im Rahmen des 1975 geschlossenen Kooperationsvertrages bezeichneten der Rektor der Ruhr-Universität Bochum, Prof. Dr. Meyer-Dohm, und der zweite Vorsitzende der IG Metall, Hans Mayr, die Ergebnisse der 8. Kuratoriumssitzung, die am 6. September in Frankfurt stattfand.

Die geplante Errichtung eines Forschungsinstituts für Arbeiterbildung sowie Projekte aus dem Rahmenbereich Mitbestimmung, waren Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung des Kuratoriums. Das Kuratorium begrüßte grundsätzlich die Zusage des nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministers, im Rahmen des Rungebietsförderungsprogramms die notwendigen finanziellen Mittel für die Grundausstattung eines wissenschaftlichen „Instituts für Arbeiterbildung“ ab 1980 zur Verfügung zu stellen. Nach dem ein-

helligen Votum des Kuratoriums sollte dieses Institut eine selbständige wissenschaftliche Einrichtung werden.

## Bundesdelegiertenkonferenz des SHB in Oldenburg

Am 27. und 28. Oktober findet in der Universität die 20. ordentliche Bundesdelegiertenversammlung des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB) statt, zu der neben den Delegierten mehr als 100 Gäste aus dem In- und Ausland erwartet werden.

Neben dem Rechenschaftsbericht des Vorstandes und der Neuwahl der Bundesorgane der Studentenorganisation stehen zahlreiche Anträge zur Debatte, die sich, wie es dazu in einer Mitteilung des SHB heißt, mit der Bildungs- und Hochschulpolitik, mit dem Abbau demokratischer Rechte, neofaschistischen Tendenzen in der BRD und dem „Eintreten für internationale antimperialistische Solidarität und die Stärkung fortschritt-

licher Kräfte in der Sozialdemokratie“ befassen.

Aus Anlaß des 20jährigen Bestehens des Verbandes findet am 27. Oktober um 20.00 in der Aula im Rahmen der Delegiertenversammlung eine Kulturveranstaltung statt, an der die Songgruppe „Theewurzelle“ aus Duisburg, Gerd Wollschon (ehemals Floh de Cologne) mit seinem Programm „FDGO & Co. KG“ sowie die neue Oldenburger Gruppe „Zündschnüre“ mitwirken.

Der SHB, 1960 als „Sozialdemokratischer Hochschulbund“ mit Unterstützung der SPD-Partei geführt gegen den sich damals immer mehr nach links entwickelnden SDS gegründet, „hat sich“, wie es in der Mitteilung des SHB heißt, „in der studentischen Interessensvertretung von parteifremden zu einem eigenständigen Verband mit einem Programm auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus entwickelt.“

## Ossietzkys Einzug in die Bundeswehr

Während in Niedersachsen Ossietzky als Namenspatron für die Universität Oldenburg unerwünscht ist, hält der Friedensnobelpreisträger selbst in die Bundeswehr Einzug. Zwar ist noch keine Kasernen nach ihm benannt, aber immerhin heißt die Hauptstraße des Fliegerhorsts Leipheim bei Ulm Carl-von-Ossietzky-Straße. Nach Angaben des Kommandeurs des Verteidigungskommandos Augsburg, Oberstleutnant Dettmann, habe sich ein Ausschuß aus Offizieren und Unteroffizieren „ohne Kompensationen“ auf diesen Namen geeinigt.

Ohne Schwierigkeiten verläuft auch die Namensgebung der 1. Oberschule in Berlin Kreuzberg nach Ossietzky. Am 5. Oktober wird die Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe im Rahmen eines Festaktes, zu dem u.a. Rosalinde von Ossietzky-Palm und der Journalist Axel Eggebrecht erscheinen, den Namen Carl-von-Ossietzky-Schule erhalten.

## Gasangriff auf Hamburg

Von Carl von Ossietzky

Vor knapp 50 Jahren war die Firma Stoltzenberg, die heute im Mittelpunkt des Giftskandals von Hamburg steht, für die Auslösung einer Katastrophe mitverantwortlich. Am 20. Mai 1928 explodierte auf dem Lagerplatz der Firma im Hamburger Hafen zehn Tonnen des hochgiftigen Gases „Phosgen“. Zwölf Menschen kamen dabei um, hunderte erlitten Vergiftungserscheinungen. Carl von Ossietzky schrieb dazu am 29. Mai 1929 in der „Weltbühne“ (22/29) unter der Überschrift „Gasangriff auf Hamburg“:



In der „Weltbühne“ vom 6. September 1926 (Nr. 36) nannte Oliver unter den Herren, die 1923 an den rechtsradikalen Umtrieben der Marinestation Ostsee teilhatten, auch einen ehemaligen Leutnant v. Borries. Dieser Herr v. Borries betrieb mit seinem Bruder in Holstein eine Milchkonservenfabrik, die eines üblen Tages in Konkurs geriet. Mit Hilfe der jungen Männer einer bekannten republikanischen Organisation rettete der eine der Brüder nachts seine Möbel über die dänische Grenze, indessen der zweite im Lande verblieb und die Milchkonserven mit einem anderen Volksernährungsmittel vertauschte. Er wurde auf dem Wege über den Landbund Handelsbevollmächtigter jener „Gefu“, die sich dann „Wiko“ nannte und in Berlin W 62, Kleiststraße 11 das historische Waffengeschäft mit Rotrudland betrieb, während im gleichen Hause die „Mologa“ der Herren Joseph Wirth und Ludwig Haas sich vergebens abmühte, mit etwas zivileren Waren auf den grünen Zweig zu kommen. Das war damals die große Zeit der östlichen Orientierung.

Heute taucht der ehemalige Büchsenmichfabrikant wieder als Vertreter einer „Muggenburger GmbH“ auf, die im Hamburger Hafen eine Quantität Phosgen zu stehen hat, die nach Meinung Sachverständiger hinreicht, um ganz Norddeutschland auszurauchern. Zwar liegt ihm jetzt nicht viel an seinem Besitzerrecht - da spielt noch ein Kriegschemiker Doktor Stoltzenberg mit, der unter Geschäftsaufsicht steht -, aber die Besitzverhältnisse sind überhaupt noch dunkel, und ziemlich klar ist nur, daß von dieser neuen Gesellschaft des Herrn v. Borries die Spuren zurück zur „Gefu“ führen, jener berüchtigten Reichswehrzentrale.

Leider bleibt die große Presse wieder die Zusammenhänge schuldig. Man liest lamentable Erzählungen des Herrn Doktor Stoltzenberg, der bejammert, daß man ihn um sein kostbares Gut betrogen habe. Man vergißt darüber, daß das in der Nachbarschaft menschlicher Wohnungen lagernde Teufelzeug seit Jahr und Tag ständige Todesgefahr über die zweitgrößte deutsche Stadt brachte - was die Zeitungen präsentieren, ist „Ein deutsches Erfinderschicksal“, Ballade mit Leiermusik.

Wieder müssen die außenpolitischen Rücksichten herhalten, um eine radikale innere Entseuchung zu verhindern. Gewiß ist die Erregung draußen nicht gering. Besonders in Amerika schlägt man harte Register an. Verkündungen ist Herrn Schurmanns „Old Heidelberg, dear city“, vergessen das Verbrüderungskarmen beim Fliegerempfang - waren sie am vergangenen Montag angekommen, es hätte eine selbst Hünetels Monokel erschaudernde Szene gegeben -, und in den New Yorker Blättern findet man bei den bewussten Reminiscenzen an die Zeit des „Lafayette, wir kommen!“ Eine eindringliche Demonstration gegen die neuerdings beliebte Überbewertung von gesellschaftlichen Ereignissen internationalen Charakter. Die neue Internationale der Festessen wird auch nicht schaffen, was die der Darbenden versäumt.

Wenn aber jetzt drüben gleich nach Völkerbundkontrolle verlangt wird - mit Verlaub, meine Herren, vorher bezog der Völkerbund die moralische Legitimation, dies Richteramt auszuüben? Und sind nicht auch amerikanische Firmen als Abnehmer dieser Handelsware benannt worden? Es bleibt nur der Appell an den Völkerbund, das allgemeine Verbot zur Herstellung von Kampfgasen endlich aus-

zusprechen. Deutschland aber hat die Pflicht, unabhängig von dem, was die anderen tun und sagen, den letzten Ursachen der Hamburger Katastrophe nachzugehen. Kein Zufall, daß die gerade in diesem Hafen eintrat, denn hier ist seit geraumer Zeit ein Hauptstapelplatz des internationalen Waffenschmuggels. Und auch die glücklichen Inhaber dieses Gestanks wußten wohl, warum sie sich nach Hamburg wandten, wo ihnen die hanseatische Munizien nicht nur einen Lagerplatz zur Verfügung stellte, sondern auch weitherzige Aufsicht zukommen ließ.

Wenn man bestimmten Gerüchten Glauben schenken darf, hat das Gas wiederholt den Besitzer gewechselt, und einer davon soll ein bekannter Inflationismagnet gewesen sein, dessen politischer Ehrgeiz ihn in sehr hohe Regionen brachte. Dieser Gute soll einmal in Freundeskreisen das Ratselwort fallen gelassen haben: „Gestern habe ich 40 Kühe bezahlen müssen...“, und erst viel später dämmerte den Horren der Sinn auf, als sie erfuhren, daß er ein jungst aufgekauftes militärisches Lager wieder abgestoßen habe. Von kompetenter Seite sind Zweifel ausgesprochen worden, ob man es hier überhaupt mit Phosgen zu tun hat, das eine gelbliche Färbung aufweise, während das ausgeströmte Gas ganz farblos gewesen sei, es sich hier also um einen noch unbekannt gebliebenen wissenschaftlichen Fortschritt handle. Man wird richtig tun, sich nicht von amtlichen Beschwichtigungen einnebeln zu lassen. Stellen doch zur Zeit auch militärisch geschulte Köpfe Erwägungen an, ob nicht zum Beispiel auch das Raketenauto sich etwa für Kampfwertigkeiten verwenden lasse. Zur Ehre des Herrn Fritz von Opel sei gesagt, daß er sich mit den Leuten nicht eingelassen hat.

Jedenfalls hat diese Giftgasattacke auf die große Stadt Hamburg, herbeigeführt durch die unverantwortliche Dummheit von Behörden und die verbrechereiche Geschäftemacherei kommerzieller Exilistars, eine Note schrecklich einleuchtender Pädagogik: - So wird der nächste Krieg sein! So wird es sein! Was sich da an der Grenze trister Arbeiterorte abspielte, das war gewiß viel weniger als eine Generalprobe, aber wer nicht von Gott geschlagen ist, wird den Sinn verstehen. Friedliche Menschen werden plötzlich mit verzerrten Gesichtern hinsinken, andere, die sich durch Flucht zu retten suchen, sich durch die eilende Bewegung nur schneller erschöpfen und mit giftgedunsenen Lungen fallen.

Die freihitlichen Jugendverbände Hamburgs rüsten zu einer großen Agitation. Möchten sie gehört werden! Die Kommunisten sind nicht dabei. Für sie hat ihr Redner in der Hamburger Bürgerschaft diese markante Erklärung abgegeben: „Wir gehen ohne weiteres zu, daß die Erzeugung der Giftgase notwendig ist zur Verteidigung Sowjet-Rußlands gegen die imperialistischen Mächte. Es ist außerdem selbstverständlich, daß die Sowjetregierung mit den kapitalistischen Staaten Wirtschaftsbeziehungen anknüpfen muß, um Phosgen für medizinische und industrielle Zwecke zu erhalten.“

Man sollte nicht zu hart sein mit diesem armen Schlucker, den mißverständlichen Freue zu Moskau im Schlingkreis so jammereicher Rabulistik verstrickt. Nur darf man nicht fragen, was der Mann dazu sagen würde, der der Gründer seiner Partei war und als Erster in Europa mitten in einem siegesrasenden Land die Faust erhoben hat gegen den Krieg, gegen den Krieg.

## Hearing über Uni-Struktur

Entscheidung über NHG-Anpassung Mitte Dezember

Mit einem Hearing am 31. Oktober soll die Endrunde für die Schaffung einer nach dem NHG notwendig gewordenen neuen Struktur der Universität Oldenburg eingeleitet werden. Die Universität muß bis zum 31. Dezember ihren angepaßten Organisationsplan dem Ministerium zur Genehmigung vorlegen. Der Organisationsplan wird vom Senat der Universität beschlossen, wobei die Vorschläge aus den Fachbereichen maßgebend sind. Vor der Verabschiedung befassen sich die Haushalts- und Planungskommission (HPK), die Zentrale Studienkommission (ZSK) und die Gemeinsame Kommission für Lehrerbildung (GKL) mit den Vorlagen.

Im Vordergrund steht die Entscheidung, ob erstmals an der Universität wissenschaftliche Einrichtungen, d.h. Institute, als Substruktur unterhalb der Ebene der Fachbereiche geschaffen werden sollen. In engem Zusammenhang damit ist der künftige Zuschnitt der Fachbereiche zu sehen. Das dies-

die Struktur der Universität insgesamt und damit die Grundordnung berührt, befaßt sich auch der vom Konzil neu gewählte Grundordnungsausschuß mit der NHG-Anpassung. Er will bis Ende Oktober erste Ergebnisse vorlegen und damit auch eine Grundlage für das am 31. Oktober vorgesehene Hearing schaffen, auf dem Vertreter anderer Hochschulen über ihre Erfahrungen berichten sollen. Der weitere Zeitplan für die Erstellung des Organisationsplanes sieht vor:

**bis 7. Nov.:** Beschlußfassung der Fachbereichsräte zur Struktur der Fachbereiche;

**Anfang Nov.:** Beschlußfassung der Haushalts- und Planungskommission über einen Entwurf des Organisationsplanes zur Vorlage an den Senat;

**5. Dez.:** Erste Lesung im Senat  
**12. Dez.:** Hochschulöffentliche Beratung des Senatsentwurfs im Konzil;

**19. Dez.:** Abschließende Beratung und Beschlußfassung im Senat.

## Kurz notiert

840.000 flächenbezogene Studienplätze sollen zur Verfügung stehen, wenn der 9. Rahmenplan für den Hochschulbau, der im Juni beschlossen wurde, verwirklicht ist. „Zum Ausbauziel von 850.000 Studienplätzen verbleibe“, wie das BMWV mitteilte, „damit nur eine sehr kleine Lücke, deren exakte Größe erst abgeschätzt werden kann, wenn die zur Zeit laufende Bewertung des flächenbezogenen Studienplatzbestandes abgeschlossen ist. Anfang des Jahres studierten 944.000 Studenten an den Hochschulen.“

Die Studienstiftung des Deutschen Volkes hat aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft im Jahre 1978 3.250 Stipendien für Studenten und mehr als 200 Stipendien zur Förderung von Promotionen vergeben. Der Haushalt der Studienstiftung in Höhe von 25 Millionen DM wurde 1978 zu 86 Prozent aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft getragen.

130.000 Plätze in Studentenwohnheimen sollen nach Auskunft des Wissenschaftsministeriums bis 1985 in der Bundesrepublik geschaffen werden. Zur Zeit gibt es 100.000 Wohnheimplätze, deren Zahl sich seit 1970 fast verdoppelt hat.

Zwischen deutschen und polnischen Wissenschaftlern soll die Zusammenarbeit verstärkt werden. Dies vereinbarte im Sommer eine Delegation der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) bei Gesprächen mit Vertretern der polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau. Bereits 1974 hatten die polnische Akademie und die DFG die vertragliche Grundlage für eine Zusammenarbeit geschaffen. 1978 war 203 deutschen Wissenschaftlern ein Aufenthalt in Polen möglich.

## Prof. Schäfer für politisches Mandat

Für die Wiedereinführung des allgemeinen politischen Mandats der verfassten Studentenschaft hat sich zum Schluß seiner Amtszeit der letzte Rektor der Universität Hannover, Professor Dr. Klaus Schäfer, ausgesprochen. „Unser Staat sähe nicht so aus, wie er ist“, sagte Schäfer in einer Pressekonferenz, „wenn Studenten in den vergangenen Jahrzehnten und im vorigen Jahrhundert nicht politisch Stellung bezogen hätten.“

Schäfer argumentierte, es sei unwürdig, wenn man den Studenten ein allgemeines politisches Mandat verweigere. Ein solches Vorgehen wertet er als Disziplinierungsmaßnahme. Das Recht auf politische Äußerungen sei lange Zeit in selbstverständlicher Weise von der Studentenschaft in Anspruch genommen worden. Nur die Tatsache, daß seit einigen Jahren Studenten sich in kritischer und nicht immer staatstragender Weise politisch artikulierten, habe zum Verbot der politischen Äußerungen geführt. „Ich möchte den Minister sehen“, erklärte Schäfer, „der öffentliche allgemeinerpolitische Erklärungen von Studenten, die Ergebnischarakter haben, mit rechtsaufsichtlichen Mitteln verfolgen würde.“

Daß das politische Mandat der Studentenschaft eingeschränkt worden sei, sei sicherlich auch auf einseitige oder rechtlich bedenkliche Äußerungen der Studentenvertreter in der Vergangenheit zurückzuführen. Dadurch entstehende Differenzen sollten aber mit Hilfe des Dialogs und demokratischen Mitteln ausgeräumt werden. Zur Verfolgung von Äußerungen, die strafrechtliche Tatbestände erfüllen, hält der Universitätsrektor die traditionellen Rechtsvorschriften für ausreichend. Ein „Ausnahmerecht“ sei hier vollkommen überflüssig.

## Gremientermine bis Dezember 79

vormittags nachmittags

3.10.	ZSK	HPK
10.10.	BK	FBR
17.10.	Senat	GOA
24.10.	ZSK	FBR
31.10.	Senat	GOA/HPK
7.11.	BK/ZSK	FBR
14.11.	Senat	FBR
28.11.	BK	FBR
5.12.	Senat	ZSK
12.12.	HPK	FBR
19.12.	Senat	BK

ZSK - Zentrale Studienkommission  
 HPK - Haushalts- und Planungskommission  
 FBR - Fachbereichsräte  
 BK - Baukommission  
 GOA - Grundordnungsausschuß

## Möcklinghoff kritisiert Weser-Ems-Regierung

Der Niedersächsische Innenminister hat das Verhalten der Weser-Ems-Regierung mißbilligt, die, wie berichtet, dem Carl von Ossietzky-Arbeitskreis untersagt hatte, eine Informationsstafel am KZ-Friedhof Esterwegen aufzustellen. Möcklinghoff erklärte vor dem Parlament aufgrund einer Anfrage von SPD-Abgeordneten, die Charakterisierung des Lagers Esterwegen als Strafgefangenenlager sei „formal nicht unrichtig“, bringe aber nicht das Unrecht nationalsozialistischer Gewaltherrschaft zum Ausdruck. Außerdem sei davon auszugehen, daß ein Teil der Gefangenen die Taten, für die sie bestraft worden seien, aus politischen Motiven begangen hätten. Im KZ Esterwegen saßen u.a. Carl von Ossietzky und der ehemalige niedersächsische Ministerpräsident Georg Diederichs ein.

## Symposium: „Familiale und schulische Interaktion“

Im Rahmen des Symposiums: „Familiale und schulische Interaktionen und Entwicklung“ hält Prof. Meinrad Perrez (Fribourg/Schweiz) am Donnerstag, 18.10.1979, 20 Uhr, einen Vortrag (mit Diskussion) über das Thema: „Neuere Untersuchungen zur Erziehungsstilforschung“. Am Freitag, 19.10., 9-12 Uhr, werden im Rahmen dieser Veranstaltung Kurzvorträge zu den Themen:  
 - Alltagstheorien von Lehrern über „gestörtes“ Schülerverhalten (Perrez)  
 - Analyse von Erzieher-Elterner-Verhalten (N. Ischi, Fribourg)  
 - Probleme bei Beobachtungsstudien (J.L. Patry, N. Ischi, D. Fritschy/Fribourg)  
 gehalten. Ort: Birkenweg 3. Interessenten sind zu den Veranstaltungen herzlich eingeladen.

## Promotion

Helmut Straßer ist mit der Note „sehr gut“ promoviert worden. Thema seiner Dissertation: „Der Kfz-Immisions-Index. Eine Methode zur Bewertung von verkehrsbedingten Immissionen“.

## Ausschreibungen

**Fachbereich II. Kommunikation/Ästhetik.**  
 Professor C 4 - Niederlandistik - niederländische Sprache und Literatur. Kennziffer: II S 373/76. Bewerbungen bis 6. November an den Fachbereich II.  
**Kontaktstelle für wissenschaftliche Weiterbildung.** 2 wissenschaftliche Hilfskraftstellen ab 1.11. bzw. 7.11. 1. Stelle: Planung und Dokumentation. 2. Stelle: Betreuung und Beratung für Z-Prüfung. Nähere Auskünfte bei der Kontaktstelle für wissenschaftliche Weiterbildung (VG 303-208). Bewerbungen bis spätestens 10. 10.79 an die KWW.  
**Botanischer Garten.** 1. Gärtner oder Gartenarbeiter. Lohngruppe MTL VI. Bewerbungen bis 8. Oktober 1979 unter Angabe der Kennziffer 12/MTL/BG an das Dezernat 2.1.

## Personalien

Professor Friedrich W. Busch, Pädagoge im Fachbereich I, ist auf der 4. Konferenz der Association for Teacher Education in Europe (ATEE) zum Vizepräsidenten und für die Amtszeit ab 1981 zum Präsidenten gewählt worden. Die 5. Konferenz der auf Initiative des Europarates zustandgekommene Vereinigung wird im nächsten Jahr vom 2. bis 5. September in der Universität Oldenburg stattfinden.

Professor Dr. Wolfgang Krumbin, Geomikrobiologie im Fachbereich IV, ist in Canberra (Australien) zum Vorsitzenden der Internationalen Gesellschaft für Biogeochemie und Geomikrobiologie (ISEB) gewählt worden. Die Gesellschaft hält im zweijährigen Abstand Symposien über Umwelt, geochemische Kreisläufe und Geomikrobiologie ab.

Professor Dr. Wolfgang Schulenberg, Soziologe im Fachbereich III, ist wieder zum Präsidium der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) als Vertreter der WRK in den Beirat des Arbeitskreises „Universitäre Erwachsenenbildung“ entsandt worden.

Dr. Meinhard Tebben wurde zum Akademischen Rat zur Anstellung für das Fachgebiet Bildende Kunst/Visuelle Kommunikation ernannt.

In der ZETWA eingestellt wurden:

Dithard Ahlborn als Handwerksmeister. Hilde Fickenfrerichs als technische Assistentin. Susanne Gembrys als technische Assistentin. Regina Grundmann als technische Assistentin. Susanne Langfurth als technische Assistentin. Sabine Panitz als technische Assistentin. Manfred Rademacher als technischer Angestellter. Folkert Roelfs als Maschinenbaumeister. Barbara Schroeter als technische Assistentin. Iris Zaehle als Laborantin.

**AUTOHAUS Büchner** VA-G  
**Gebrauchtwagen**  
 Alle Fabrikate  
 Große Auswahl. Und nicht teuer.  
 31081  
 Donnerschwerer Str. 336 · 29 Oldenburg

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium  
 In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl  
  
 1971 1971  
**BUCHHANDLUNG**  
**BÜLTMANN & GERRIETS**  
 Lange Str. 57 · Ruf 2 66 01  
 Postfach 1 41

**COPIERCENTER OLDENBURG**  
 Ammerländer Heerstr. 88 · 29 Oldenburg · Tel. 04 41 7 20 28 30 · Fax 044 1 20 28 31  
 Kopien auf Normalpapier DIN A4/A3 in Selbstbedienung  
**Kopierpreis** je Stück **0,10 DM**  
 ab 500 Kopien je Stück 0,09 DM  
 ab 1000 Kopien je Stück 0,08 DM  
**Schnelldruck-Service**  
 zum Beispiel 1 Vorlage DIN A4  
 Auflage 20 Stück **DM 2,30**  
 Auflage 100 Stück **DM 5,50**  
 Auflage 500 Stück **DM 20,70**  
 Auflage 1000 Stück **DM 34,-**  
 Auflage 2000 Stück **DM 60,-**

**JEANS**  
 von **Horten**  
 Lewis · Wrangler · Pionier · Lois · Settler

**TABULA**  
**BUCHLADEN**  
**IM HERBARTGANG**  
 WALLSTR. · HERBARTGANG · LANGE STR. · KURWICKSTR.

  
 Sie genießen mit einer Qualitäts-Sonnenbrille.  
 Lassen Sie sich doch einfach einmal bei uns beraten. Vollkommen unverbindlich für Sie.  
**Optiker Schulz**  
 für besseres Sehen und Hören  
 Achternstraße / Ecke Ritterstraße

Zeitschriften - Bücher  
 Berichte und Examensarbeiten  
**Examensarbeiten-schnelldienst**  
 Innerhalb 2 Stunden  
 Jochen Henckus  
 Bibliotheksbuchbinderei  
 Edeweicher Landstraße 50  
 Telefon 50 23 97

**SPANHAKE**  
 aktuell  
 an · basteln · basteln · basteln  
**AUCH DU BRAUCHST EIN HOBBY!**  
 Bei uns findest Du die Auswahl, um Dir Dein ganz persönliches Hobby auszusuchen.  
 Wir bieten über Basteln, Modellbau bis zur Renovierung alles aus einer Hand.  
 Spanhake, Oldenburg  
 Lange Straße 48  
**oldenburg - lange str.**

  
**Spedition**  
**Möbeltransport**  
**International**  
**DEUS**  
 TEL. (04 41) 7 10 01

**Wir sind die Bank, die hier zu Hause ist.**  
**OLDENBURGISCHE LANDESBANK AG**  
